

R e g l e m e n t

über die Nutzung des offenen Landes

der

Ortsbürgergemeinde Rapperswil

(Landverwaltungsreglement)

vom 3. September 1968

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Dieses Reglement stellt die Anforderungen auf für die Nutzung und Verwaltung des offenen Landes der Ortsbürgergemeinde Rapperswil.

Zweck

Art. 2

Das Reglement findet auf das gesamte im Eigentum der Ortsbürgergemeinde Rapperswil stehende in und ausserhalb des Gemeindebannes gelegene offene, d.h. unbewaldete Land Anwendung.

Geltungsbereich

II. Aufsicht, Vollzug und Verwaltung

Art. 3

Die Aufsicht über die Landverwaltung und die Handhabung des Landverwaltungsreglementes sind Sache des Gemeinderates.

Aufsicht und
Vollzug

Der Gemeinderat kann die Vorbehandlung der Geschäfte der von ihm zu wählenden Landwirtschaftskommission übertragen.

Art. 4

Die Rechnungsführung für die Landverwaltung erfolgt über die Ortsbürgerkasse und obliegt der Gemeindekasse. Massgebend sind die gesetzlichen Bestimmungen für die Finanzverwaltung der Einwohner- und Ortsbürgergemeinden, sowie die Anordnungen des Gemeinderates.

Rechnungswesen

III. Bürgerland

Art. 5

Der Anspruch auf die Gabenberechtigung - als Bestandteil des Bürgernutzens - setzt das Ortsbürgerrecht der Gemeinde Rapperswil und den Wohnsitz (Art. 23 ZGB) in dieser Gemeinde voraus.

Gabenberech-
tigung

In Uebereinstimmung mit § 20 des Waldreglementes vom 10. Oktober 1961 sind nutzungsberechtigt:

a) Für die ganze Gabe:

- 1) Eheleute mit oder ohne Kinder, mit eigenem Haushalt.
- 2) Verwitwete oder Geschiedene mit Kindern und eigenem Haushalt.
- 3) Zwei oder mehrere nach dem Tode ihrer Eltern zusammenlebende Geschwister mit eigenem Haushalt.

b) Für die halbe Gabe:

- 1) Verwitwete ohne Kinder mit eigenem Haushalt.
- 2) Geschiedene oder getrennt lebende Eheleute, sofern sie eigenen Haushalt führen.
- 3) Ledige beiderlei Geschlechts nach zurückgelegtem 20. Altersjahr, sofern sie eigenen Haushalt führen.

Die Voraussetzung für die Führung eines eigenen Haushaltes ist dann erfüllt, wenn eine Wohnungseinrichtung mit Kochstelle vorhanden ist, die regelmässig benützt wird.

Art. 6

Der Landnutzen umfasst:

- a) Für die ganze Gabe: eine Bunte von 18 Aren.
- b) Für die halbe Gabe: eine Bunte von 9 Aren.

Gabengrösse

Art. 7

Die Zuteilung frei werdenden Bürgerlandes an die Gabenberechtigten erfolgt auf deren Anmeldung durch den Gemeinderat. Bewerben sich gleichzeitig mehrere Gabenberechtigte, die sich in der Zuteilung der Bünnten nicht einigen können, so entscheidet das Los.

Gabenzuteilung

Neuansprüche auf Landnutzen, auch Begehren um Rückgabe von Bünnten, sind jeweils bis 31. August des betreffenden Jahres dem Gemeinderat schriftlich einzureichen.

Art. 8

Das Nutzungsjahr für die Bünnten umfasst den Zeitraum vom 1. Oktober bis 30. September.

Die Nutzungsdauer gilt jeweils auf ein weiteres Nutzungsjahr als erneuert, wenn weder vom Gabenberechtigten, noch von der Gemeinde bis zum 31. August die Auflösung des Nutzungsverhältnisses schriftlich gefordert wird. Gemeindeseits kann die Auflösung auch durch öffentliche Publikation erfolgen.

Beginn und Dauer
der Nutzung

Art. 9

Begehren auf Zuteilung von Bünnten können nur von Gabenberechtigten gestellt werden, die das Land selber bewirtschaften. Zugeteilte Bünnten dürfen weder vertauscht noch unterverpachtet werden.

Zuteilungsbegehre:
Verbot von Ver-
tausch und Unter-
pacht

Art. 10

Der Gabenbezüger hat für die zur Nutzung übernommene Bünnte eine jährliche Ablösung an die Ortsbürgerkasse zu bezahlen. Die Höhe der Ablösung wird vom Gemeinderat festgesetzt.

Ablösung
Barentschädigung

~~Für nicht genutzte Bünnten haben die Gabenberechtigten Anspruch auf eine jährliche Barentschädigung, die vom Gemeinderat festgesetzt wird.~~

*Aufgehoben laut Beschluss der Ortsbürgergemeindeversammlung
vom 7. 12. 1979*

IV. Pachtland

Art. 11

Soweit das offene Land der Ortsbürgergemeinde nicht für Bünnten der Ortsbürger beansprucht wird, ist es in Grossparzellen an ortsansässige Selbstbewirtschafter zu verpachten. Die Pachtverhältnisse begründet der Gemeinderat in der Regel durch freie Vereinbarung mit den Interessenten, oder wenn es die Umstände erfordern durch öffentliche Pachtsteigerung.

Bei Verpachtung auf dem Wege der freien Zuteilung sollen Pachtinteressenten, die zur Erreichung oder Erhaltung der Existenzgrundlage auf Pachtland angewiesen sind, vor den übrigen Bewerbern angemessen berücksichtigt werden.

Zuteilung
Pachtdauer

Die reguläre Pachtdauer beträgt sechs Jahre, wobei ein Nutzungsjahr den Zeitraum vom 1. Oktober bis 30. September umfasst. Erfolgt ein Jahr vor Ablauf der Pacht weder von der Gemeinde, noch vom Pächter eine schriftliche Kündigung, so gilt das Pachtverhältnis auf eine weitere Dauer von je drei Jahren erneuert, bis es unter Einhaltung der einjährigen Kündigungsfrist von einer Partei aufgelöst wird. Gemeindeseits kann die Kündigung auch durch öffentliche Publikation ausgesprochen werden.

Art. 12

Es ist anzustreben, dass der einzelne Pächter das Pachtland möglichst an einem Stück zugeteilt erhält.

Zugeteiltes Pachtland darf weder vertauscht, noch unterverpachtet werden.

Arrondierung

Verbot von Vertausch und Unterpacht

Art. 13

Für die vereinbarten Pachtzinse stellt die Gemeindekasse den Pächtern alljährlich Rechnung. Die Rechnungsbeträge sind innert 30 Tagen zu bezahlen.

Pachtzinszahlung

V. Nutzungsvorschriften für Bürger- und Pachtland

Art. 14

Büntenzugeteilt und Pächter haben die zugeteilten Landparzellen in sachkundiger Weise zu bewirtschaften und in gutem Kulturzustande zu erhalten. Offensichtliche Vernachlässigung der Bewirtschaftung hat den Entzug des Landes zur Folge.

Der Gemeinderat kann einschränkende Bestimmungen für die Bewirtschaftung erlassen.

Bewirtschaftung

Art. 15

Vorhandene Obstbäume sind vom Bünzeninhaber oder Pächter in sachkundiger Weise zu pflegen, insbesondere auch zu reinigen und zu schneiden. Das Umpfropfen oder Entfernen von Bäumen darf nur im Einverständnis mit dem Gemeinderat erfolgen.

Obstbäume

Für die Neuanpflanzung von Bäumen und Sträuchern, wie auch für die Anlage von Obst- und Beerenkulturen ist die ausdrückliche Einwilligung des Gemeinderates erforderlich.

Art. 16

Jede Veränderung oder Beschädigung von Marchsteinen und Vermessungszeichen ist verboten.

Grenzzeichen
Weganlagen

Durch die Bewirtschaftung beschädigte oder verunreinigte Weganlagen sind sofort instand zu stellen oder zu reinigen.

VI. Strafbestimmungen

Art. 17

Zu widerhandlungen gegen dieses Reglement oder gegen Anordnungen des Gemeinderates werden, sofern nicht andere strafrechtliche Bestimmungen zur Anwendung kommen, vom Gemeinderat im Rahmen der gesetzlichen Strafkompetenzen geahndet.

Strafen
Verwaltungszwang

Ausserdem kann der Gemeinderat die Beseitigung vorschriftswidriger Zustände auf Kosten des Fehlbaren anordnen, oder diesem das Nutzungsrecht entziehen.

VII. Schlussbestimmungen

Art. 18

Bei ausserordentlichen Verhältnissen und in Härtefällen, oder wo die Anwendung dieses Reglementes nicht angezeigt ist, kann der Gemeinderat Ausnahmen oder Abweichungen von einzelnen Bestimmungen verfügen.

Ausnahmen

Art. 19

Die Bestimmungen des Obligationenrechtes und anderer gesetzlicher Vorschriften gelten für die Landverwaltung und -verpachtung der Ortsbürgergemeinde nur soweit, als sie nicht durch dieses Reglement abgeändert werden.

Eidg. und kant.
Recht

Art. 20

Dieses Reglement tritt mit der Genehmigung durch die Ortsbürgergemeindeversammlung in Kraft. Es ersetzt alle mit ihm im Widerspruch stehenden Gemeindebeschlüsse.

Inkraftsetzung

RUPPERSWIL, den 3. September 1968

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Gemeindeammann: Der Gemeindeschreiber:

Max Ott

Walter Schär

Das vorstehende Reglement wurde von der Ortsbürger-
gemeindeversammlung genehmigt am 20. Sep. 1968